Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten ishrutz und mengrutz, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 2 Mk. bez. 2 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Tees neuester Ernte in vorzüglichen Mischungen **Rudolph Seelig & Co.** 30 Prager Strasse 30.

Ullrich-Pianos Steinheit-Flügel sind vorzüglich, dabei äusserst preiswürdig. Am Pirnaischen Platz (Eingang Pirnaische Strasse 1).

Fabrik feiner Lederwaren. Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Reise-Artikel. **Adolf Näter** Grösstes und vornehmstes Lederwaren-Spezial-Geschäft 26 Prager Strasse 26.

Nr. 300. Spiegel: Oesterreichische Wahlreform. Vermählungsfeier in Cannes, Landessynode, Bogenschützen. Bergakademie Freiberg. Kaiser und Byzantiner, Kanzlerkrise, Kolonialpolitik. | Mutmaßl. Witterung: Mild, meist heiter. | **Mittwoch, 31. Oktober 1906.**

Dresdner Nachrichten
Gegründet 1856

Jeder Leser

in Dresden und Vororten kann sich täglich davon überzeugen, dass er

von keinem anderen Dresdner Blatt

fortlaufend über alle wichtigen Tagesereignisse

so schnell unterrichtet

wird, wie von den

täglich 2 Mal

erscheinenden „Dresdner Nachrichten".

Sie bieten ihren Lesern vor allen Dresdner Blättern

ununterbrochen das Neueste.

Bezugspreis für die Monate

November u. Dezember

für Dresden und Blasewitz M. 1,70
für die übrigen Vororte M. 2,— bezw. M. 2,20.

Oesterreichische Wahlreform — Geheimverträge zwischen Wien und Budapest.

Die österreichische Wahlreform, für deren Gelingen Kaiser Franz Joseph sich persönlich zu wiederholten Malen mit unzweideutiger Bestimmtheit eingesetzt hat, geht in raschem Zuge im Ausschusse ihrer Vollendung entgegen, und wenn nicht hinter den parlamentarischen Kulissen noch irgendeine der Unwahrscheinlichkeiten erfolgt, die im politischen Leben der habsburgischen Monarchie mehr als anderswo eine Rolle spielen, wird das Plenum das Werk der Kommission gutheißen und dem Lande das allgemeine und gleiche Wahlrecht nach reichsdeutschem Muster bescheren. Ueber die grundsätzliche politische Bedeutung dieses Fortschritts, über die unabweisliche Notwendigkeit, welche die leitenden Kreise zwang, die Zeit an der Stirnlocke zu fassen und sich zu einem so weitgehenden Zugeständnis, das angesichts des so grundverschiedenen bisherigen Wahlrechts nahezu als ein Sprung ins Dunkle bezeichnet werden konnte, zu bequemen, sind sich alle Parteien so sehr einig, daß selbst die zuerst am heftigsten widerstrebenden Elemente es jetzt nicht mehr wagen, offen die Verantwortung für das Scheitern der Reform auf sich zu nehmen. Es ist ohne Frage eine schicksalsvolle Stunde, in der die Vorlage über die Wahlreform in Oesterreich die Welt erblickte, und die günstige Konstellation der Planeten, die über ihr waltet, bringt es zu Wege, daß ein Widerstand nach dem anderen aus dem Wege geräumt und die Bahn bis zum Ziele frei gemacht wird. Auch bei der letzten ernstlichen Verwicklung, die aus Anlaß der von den Deutschen erstrebten Sicherung gegen eine von der slawischen Mehrheit zu befürchtende willkürliche Aenderung der Wahlkreiseinteilung einzutreten drohte, hat sich die Gunst der Parzen, die das Werk behütet, betätigt.

Die in der Vorlage festgelegte Wahlkreiseinteilung bildet durch ihre nationale Abgrenzung der Wahlbezirke eine wertvolle Handhabe zur Milderung der nationalen Gegensätze, weil sie nach Möglichkeit eine Gewähr dafür bietet, daß die Kandidaten einer bestimmten Nationalität im wesentlichen nur von den eigenen Landsleuten gewählt werden. Um nun die slawische Koalition zu verhindern, jeweils nach Belieben in diese Wahlkreiseinteilung Bresche zu legen und sie zu ungunsten des deutschen Besitzstandes umzugestalten, hatten die deutschen Parteien im Wahlreformausschusse beantragt, daß eine Abänderung der hierauf bezüglichen Gesetzesbestimmungen nur im Wege der Zweidrittelmehrheit zulässig sein sollte. Das mächtige Rasonnen, das darob bei den Tschechen und ihren nationalen Gesinnungsgenossen und Verbündeten anhub, bewies nur zu deutlich, von einem wie richtigen politischen Scharfblicke sich die Deutschen bei ihrem Bemühen, einer solchen Gefahr rechtzeitig vorzubeugen, hatten leiten lassen. Die Herren Tschechen, die ihre Absichten so jählings noch unmittelbar vor Torschluß durchkreuzt sahen, stimmten ein gewaltiges Wehgeschrei an und beklagten sich über eine von den Deutschen gewollte „Demütigung des tschechischen Volkes", über eine „grausame Betätigung des deutschen Herrenbewußtseins". Schließlich mußten sie sich aber doch zu einem Kompromiß verstehen, weil die Deutschen in der Forderung nach irgendeiner Sicherung gegen fremdnationale Vergewaltigungen des deutschen Besitzstandes mit Hilfe einer willkürlichen Wahlkreiseinteilung unerbittlich blieben. So kam denn der Beschluß zu stande, daß zwar die einfache Mehrheit auch für Abänderungen der Wahlkreiseinteilung genügen, dafür aber eine erschwerte Anwesenheitsziffer erforderlich sein soll. Auch diese Sicherungsmaßnahme wird freilich nicht hinreichend sein, um die Sonne des nationalen Friedens unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts dem neuen Reichsrat ungetrübt leuchten zu lassen. Schon jetzt stellen die Aeußerungen der tschechischen Führer neue nationale Kämpfe in Aussicht, und das bißchen Nachgiebigkeit, wozu die bürgerlich-demokratischen Kreise der Tschechen den Deutschen gegenüber allenfalls bereit wären, wird von dem tschechischen Feudaladel im Keime erstickt, dessen Führer Baron Dobrzensky unverhohlen erklärt hat, das „böhmische Volk" werde im neuen Hause sofort den Kampf gegen die jetzige Mandatsverteilung, welche die Rechte der Deutschen einigermaßen schützt, eröffnen. Aus derartigen Aeußerungen spricht die ganze Anmaßlichkeit eines Standpunktes, der deutsche Rechte und Interessen überhaupt nicht anerkennen will. Schon der Ausdruck „böhmisches Volk" im tschechischen Sinne, der Böhmen und Tschechen einfach identifiziert, als wenn es ein gleichberechtigtes deutsches Kultur- und Herrenvolk in Böhmen schlechterdings nicht gäbe, ist hierfür bezeichnend. Solange mit einer so widersinnigen Auffassung von den Führern der Tschechen nicht gründlich gebrochen wird, ist ein dauernder nationaler Friede zwischen Deutschen und Tschechen, der doch immer nur auf der Grundlage eines durch gegenseitige Nachgiebigkeit zustande gekommenen Ausgleichs beruhen kann, auch unter dem Zeichen des allgemeinen Wahlrechts nicht zu verwirklichen.

Könnte die Tatsache, daß es, wie an dem Beispiele der Wahlreform ersichtlich, mit der Arbeitsfähigkeit des Parlaments trotz der nationalen Schwierigkeiten entschieden vorwärts geht, an sich eine gewisse Freudigkeit der Stimmung auf österreichischer Seite erwecken, so legt sich doch gleich wieder wie ein Reif auf jede derartige Empfindung das niederdrückende Bewußtsein des nahezu völligen Bankrotts an politischer Autorität, in den Cisleithanien gegenüber Ungarn geraten ist. Namentlich die aus Anlaß des Rücktritts des Grafen Goluchowski und des Reichskriegsministers von Pitreich gesammelten Erfahrungen haben in Oesterreich bitterböses Blut gemacht. Die einflußreiche deutsche Presse spöttelt über die „butterweichen" Staatslenker in Wien, die „mit der Miene Falstaffs das Schwert gegen Ungarn aus der Scheide ziehen", und doch mit einer parlamentarischen Regierung und einem arbeitsfähigen Parlament genau ebensowenig gegen die Magyaren auszurichten vermögen, wie ein Beamtenkabinett und ein arbeitsunfähiges Parlament. Der Ministerpräsident Baron Beck hat es augenscheinlich dadurch verschüttet, daß er den Rücktritt Goluchowskis als ganz aus „freier Entschließung" hervorgegangen zu bemänteln versuchte, statt ihn mit offenem, ehrlichem Wort der Wahrheit entsprechend auf die magyarischen Umtriebe zurückzuführen. Den denkbar schlechtesten Eindruck ruft auch die Enthüllung hervor, daß Herr von Pitreich über geheime Abmachungen zwischen Wien und Budapest zu Fall gekommen ist, von denen die beiderseitigen Parlamente nicht unterrichtet worden sind. Entgegen der damaligen offiziösen Verlautbarung hatten seinerzeit die Budapester Koalitionsführer in einer Geheimklausel die Verpflichtung übernommen, die öffentlich von ihnen abgelehnte Erhöhung des Rekrutenkontingents „im Falle unvermeidlicher Notwendigkeit" zu bewilligen. Diese Notwendigkeit erachtete Herr von Pitreich jetzt für gegeben, die Herren in Budapest wollten aber nicht an die Sache heran, und so mußte denn der Reichskriegsminister als Opfer bluten. Bemerkenswert ist die rücksichtslos scharfe Sprache, die selbst ein sonst den Magyaren gegenüber meist so pflaumenweiches Blatt wie die „N. Fr. Pr." aus diesem Anlaß führt, indem sie von einer „Herausforderung des österreichischen Selbstgefühls" spricht, von einer „Minderwertigkeitspolitik", mit der Oesterreich fortwährend gedemütigt werde und die es nicht länger dulden könne. Gleichzeitig gibt das Wiener Blatt der Befürchtung Ausdruck, daß auch in der Frage der Zolleinheit mit Ungarn eine ähnliche Geheimklausel existieren könne, die Ungarn auf diesem Gebiete bis 1917 sicherstelle, selbst für den Fall, daß der österreichische Reichsrat die jetzige, 1907 ablaufende Zolleinheit nicht weiter bewilligen sollte: „Vielleicht ist über unseren Kopf hinweg auch die Handelspolitik schon gebunden worden, und vielleicht bewegt sich Oesterreich zwischen lauter Geheimnissen, die sein Schicksal bestimmen, ohne daß es sie kennt." Der allgemeine Unmut über diese Geheimtuerei zwischen Wien und Budapest ist voll begreiflich und gerechtfertigt. Heißt es doch das parlamentarische und konstitutionelle System in seinen Grundfesten erschüttern, wenn man die Ohnmacht der Magyaren sich bis zu einem solchen Grade steigern läßt, daß die geordneten verfassungsmäßigen Instanzen einfach auf einen Wink von Budapest her ausgeschaltet werden und um der schönen Augen des ungarischen Nationalradikalismus willen die ungewöhnlichsten und bedenklichsten geheimen Verfahrungsarten in die Leitung der Staatsgeschäfte eingeführt werden. Der bloße Unwille allein tut's aber nicht. Die Hauptfrage ist, ob sich Oesterreich trotz alles nationalen und parteipolitischen Haders innerlich noch einheitlich und gefestigt genug fühlt, um durch die Tat den Magyaren zu imponieren. Einer geschlossenen, von der Wiener Regierung nachdrücklich unterstützten antiungarischen Phalanx der öffentlichen Meinung Oesterreichs würden die Magyaren in ihrem Verhalten sicherlich Rechnung tragen. Daß sie schon jetzt nicht das äußerste riskieren, beweist die rücksichtslose Art, wie die ungarischen Minister sich die unbequemen serbischen Journalisten und Politiker, die in Orsova aus Anlaß der Ueberführung der Gebeine Rakocsys eine serbisch-magyarische österreichfeindliche Kundgebung geplant hatten, von den Rockschößen abgeschüttelt haben.

Pramanns Erbswurst! Pramanns Suppen! ★ Fabrik Radebeul i/S.

Neueste Drahtmeldungen vom 30. Oktober.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach der „Dortmunder Ztg." soll Dernburgs Plan zur wirtschaftlichen Aufschließung Deutsch-Südwestafrikas dahin gehen, zu beiden Seiten der großen Verkehrswege je 100 Kilometer Farmland militärisch zu besetzen und so ausreichend zu sichern, daß von seiten des Reiches den innerhalb dieses Radius sitzenden Ansiedlern Leben und Besitz garantiert werden kann. Alle Farmer und Händler, die sich außerhalb der 100 Kilometer-Schutzlinie ansiedeln und bewegen, tun dies auf eigene Gefahr. Mit der Zeit soll der Radius dieser Schutzlinie stetig vergrößert werden, bis die Gesamtkolonie gesichert sein werde. Für die nächsten 10 Jahre scheine man, so schreibt das Blatt weiter, auf Grund dieses Planes in der Kolonialabteilung mit einem dauernden jährlichen Zuschuß von etwa 30 Millionen Mark zu rechnen. Unberührt bleiben davon die außerordentlichen Aufwendungen, wie sie durch die Wiedereinbringung der Bahnvorlage Kubub—Keetmanshoop und die weitere Entschädigung der Ansiedler dargestellt sein werden. Anscheinend will Dernburg nur eine Beihilfe hauptsächlich in Form von Zuteilungen von Vieh an die geschädigten Farmer vom Reichstage fordern.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Neckar-Ztg." hält ihre Behauptung, daß der Großherzog von Baden den Prinzen Alexander nach Karlsruhe habe kommen lassen und ihm dort gehörig den Kopf gewaschen habe, aufrecht. Dasselbe Blatt behauptet, alle Abzüge der schon dargestellten und dann beanstandeten Drucksätze seien doch nicht vernichtet worden, sonst würde es nicht den Inhalt kennen können. Daß dieser Inhalt recht unbequemes Aufsehen gemacht haben würde, sei zutreffend, und zwar sowohl gegen den Kaiser wegen gewisser Aeußerungen von ihm über Bismarck, mehr noch aber bezüglich des Zentrums.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Hofmarschall des Fürsten zur Lippe, Graf von Nitzberg zu Detmold, erhielt das Komturkreuz 2. Klasse des Sächsischen Albrechtsordens, ebenso der Großherzoglich Sächsische Hofjägermeister Graf Finck von Finckenstein zu Weimar.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Sperre auf dem städtischen Zentralviehhofe ist mit dem heutigen Tage offiziell aufgehoben worden und das Vieh darf nunmehr nicht nur ein-, sondern auch lebend vom Viehhofe ausgeführt werden. Die Sperre, eine Folge des Auftretens der Maul- und Klauenseuche, hat seit dem 17. d. Mts. gedauert. Ausgiebige Desinfektionen gingen während der letzten Tage der Aufhebung der Sperre voran.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wegen des Köpenicker Kassenraubes haben heute vor dem Untersuchungsrichter die Vernehmungen des Bürgermeisters Dr. Langerhans, des Rendanten von Wilsberg und des Oberstadtsekretärs Rosenkranz aus Köpenick begonnen. Das bei dem Handstreich von Voigt erbeutete Geld ist bis auf einen Rest von 286 Mark 62 Pfg. dem rechtmäßigen Eigentümer, der Stadtkasse zu Köpenick, wieder zugestellt worden. Bei seinem Ueberfall hatte der Räuber 3567 Mark 62 Pfg. erbeutet. Bei seiner Verhaftung waren der Kriminalpolizei zunächst 2400 Mark in die Hände gefallen. Später kamen noch 388 und dann 483 Mark zutage.

Berlin. (Priv.-Tel.) Infolge Ausströmens von Gas erstickte in vergangener Nacht in einem Hause der hiesigen Kurfürstenstraße ein 30jähriges Hausmädchen. Ein zweites Hausmädchen liegt an schwerer Gasvergiftung darnieder. Auch andere Bewohner des Hauses schwebten in ernster Gefahr. — Den Verbrennungstod erlitt heute früh auf der Tegeler Chaussee der Kutscher eines Heuwagens. Ein Funke aus der Pfeife, die er rauchte, fiel ins Heu, das in Brand geriet; der Mann konnte sich vor den Flammen, die über ihn zusammenschlugen, nicht mehr retten und kam so ums Leben.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie aus Newyork gemeldet wird, leidet Saint-Saëns an einer Erkrankung des Kehlkopfes, die ihn völlig der Stimme beraubt hat. — Der Direktor des Stadttheaters in Leipzig Volkmer erhielt das Ritterkreuz 2. Klasse des Herzoglich-Sachsen-Ernestinischen Hausordens. — Das preußische Staatsministerium trat heute unter Vorsitz des Fürsten Bülow zu einer Sitzung zusammen. Die vier zur Prüfung der Frage der Abänderung der von deutschen Exporteuren beanstandeten amerikanischen Zollvorschriften bestimmten Tarifsachverständigen reisen am 6. November von Washington nach Deutschland ab.